

Wissenschaftlicher Beirat:

Klaus von Beyme, Heidelberg
Yehezkel Dror, Jerusalem
Wolfgang Kersting, Kiel
Ernesto Martinez Diaz de Guereñu, Bilbao
Herfried Münkler, Berlin
Marcelo Neves, São Paulo
Stanley L. Paulson, St. Louis
Arno Waschkuhn, Erfurt †

Staatsverständnisse

Herausgegeben von
Prof. Dr. Rüdiger Voigt

Band 15

Andreas Anter/Stefan Breuer (Hrsg.)

Max Webers Staatssoziologie

Positionen und Perspektiven



Nomos

Die Deutsche Bibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.ddb.de> abrufbar.

ISBN 978-3-8329-2773-8

1. Auflage 2007

© Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 2007. Printed in Germany. Alle Rechte, auch die des Nachdrucks von Auszügen, der fotomechanischen Wiedergabe und der Übersetzung, vorbehalten. Gedruckt auf alterungsbeständigem Papier.

Editorial

Das Staatsverhältnis hat sich im Laufe der Jahrhunderte immer wieder grundlegend gewandelt. Heute sind wir Zeugen einer Entwicklung, an deren Ende die Auflösung der uns bekannten Form des territorial definierten Nationalstaats zu stehen scheint. Denn die Globalisierung führt nicht nur zu einer Veränderung von Wirtschaftsabläufen, sondern sie hat vor allem auch Auswirkungen auf die Staatlichkeit. Ob die „Entgrenzung der Staatenwelt“ irgendwann einmal zu einem Weltstaat führen wird, ist allerdings zweifelhaft. Als um so interessanter erscheinen die Ideen früherer und heutiger Staatsdenker, deren Modelle und Theorien, aber auch Utopien, uns Einblick in den Prozess der Entstehung und des Wandels von Staatsverständnissen geben können, einen Wandel, der nicht mit der Globalisierung begonnen hat und nicht mit ihr enden wird.

Im Grunde basieren alle Überlegungen über den Staat auf den Staatsideen von Platon und Aristoteles. Ihre Verdienste sind unbestreitbar, auf sie wird unter dem Leitthema „Wiederaneignung der Klassiker“ daher immer wieder zurückzukommen sein. Der Schwerpunkt der in der Reihe *Staatsverständnisse* veröffentlichten Arbeiten soll allerdings auf den neuzeitlichen Ideen vom Staat liegen. Dieses Spektrum reicht von dem Altmeister *Niccolò Machiavelli*, der wie kein anderer den engen Zusammenhang zwischen Staatstheorie und Staatspraxis verkörpert, über *Thomas Hobbes*, den Vater des Leviathan, bis hin zu *Karl Marx*, den sicher einflussreichsten Staatsdenker der Neuzeit, und schließlich zu den Weimarer Staatstheoretikern *Carl Schmitt* und *Hermann Heller* und weiter zu den zeitgenössischen Theoretikern.

Nicht nur die Verfälschung der Marxschen Ideen zu einer marxistischen Ideologie, die einen repressiven Staatsapparat rechtfertigen sollte, macht deutlich, dass Theorie und Praxis des Staates nicht auf Dauer von einander zu trennen sind. Auch die Verstrickung Carl Schmitts in die nationalsozialistischen Machenschaften, die heute sein Bild als führender Staatsdenker seiner Epoche trüben, weisen in diese Richtung. Auf eine Analyse moderner Staatspraxis kann daher in diesem Zusammenhang nicht verzichtet werden. Ein weiteres Anliegen der Reihe *Staatsverständnisse* ist es somit, neben staatstheoretischen Arbeiten auch Studien zur Praxis des heutigen Staates zu veröffentlichen. Und besonders willkommen sind solche Arbeiten, die beides, die Staatsidee und ihre politisch-praktischen Auswirkungen, miteinander zu verknüpfen suchen.

In Monografien und Sammelbänden soll geprüft werden, was sich aus solchen Analysen für ein zeitgemäßes Verständnis des Staates entnehmen lässt. Diese Erkenntnisse könnten dann als Basis für die Begründung einer modernen Staatswissenschaft dienen. Getragen wird dieses Projekt zum einen von dem *Institut für Staatswissenschaften* der Universität der Bundeswehr München, das die personelle, instrumentelle und organisatorische Basis zur Verfügung stellt, zum anderen von einem Wissenschaftlichen Beirat aus namhaften Wissenschaftlern des In- und Auslandes, der der Reihe mit gutachterlichem Rat sowie mit eigenen Beiträgen zur Seite steht. Eine Schriftenreihe „lebt“ vor allem von ihren Autoren und Autorinnen. Staatswissenschaftler und Staatswissenschaftlerinnen des In- und Auslandes sind daher eingeladen, ihre Beiträge in diesem Forum in deutscher oder englischer Sprache zur Diskussion zu stellen.

Rüdiger Voigt

Max Weber, der moderne Staat und die Nation

Im Mittelpunkt der politischen Soziologie von Max Weber steht der Begriff des Staates, nicht der Nation. Der Staat gibt der Soziologie Max Webers ihr eigenartiges Gepräge. Um den Staat kreist sein wissenschaftliches und politisches Denken.¹ Die Reformen der staatlichen Institutionen stehen im Mittelpunkt seiner politischen Schriften während des Ersten Weltkriegs. Der Staat und das Politische werden bei Max Weber identifiziert. Das Politische liegt verstaatlicht vor, ein Ausgangspunkt, der schon das Werk des mit Weber befreundeten Staatsrechtlers Georg Jellinek bestimmte. Der Staat tritt in politischer Form auf. Daß es sich hierbei um einen Zirkel handelt, hat Carl Schmitt erkannt und in Absetzung von Max Weber einen gänzlich anderen Einstieg in den „Begriff des Politischen“ gewählt: „Der Begriff des Staates setzt den Begriff des Politischen voraus.“² Damit wich Carl Schmitt von einer langen Tradition ab, in der auch das Werk von Max Weber stand. Staat und Politik waren für die Generation der liberalen Staatsrechtslehrer und Nationalökonomien, die die Reichsgründung als ihr Projekt gesehen hatten, ein und dasselbe. Die Verstaatlichung des Politikbegriffes kennzeichnete die intellektuelle Großwetterlage wie auch das politische Mikroklima der Zeit vor dem Ersten Weltkrieg. Max Weber entwickelte dafür ein Kategoriengerüst der verschiedenen Legitimationsformen (traditional, charismatisch, rational), die es erlauben, die historischen Formen der Staatlichkeit zu typisieren und zu analysieren. Der moderne Staat bezieht seine Legitimität aus seiner rationalen Strukturierung. Dieser durch Rationalität legitimierte Staat wird bei ihm herrschaftssoziologisch stark gemacht.

Völlig anders verhält es sich mit der Nation. Die Nation gehört nicht zu den soziologischen Grundbegriffen bei Max Weber.³ Anders als beim Staat finden sich bei Weber nur verstreute und unsystematische Überlegungen zur Nation. Zwar hat Max Weber keine ausgearbeitete Soziologie des Staates vorgelegt, aber in seiner Herrschaftssoziologie findet sich eine detaillierte Analyse des modernen Staates. Auf die moderne Nation trifft dies nicht zu. In *Wirtschaft und Gesellschaft* finden sich verstreute Bemerkungen zu Nation und Nationalität. Auch auf dem zweiten Deutschen Soziologentag von 1912 in Berlin hat sich Weber in einer Wortmeldung dazu geäußert.

1 Vgl. zu dieser Thematik allgemein Breuer 1991; Anter 1995; Poggi 1978. Die Literaturauswahl beschränkt sich auf einführende Literatur. Nur wo unbedingt notwendig wird auf Spezialliteratur eingegangen.

2 Schmitt 1991: 20.

3 Zum Nationsbegriff bei Max Weber vgl. Anter 1995: 124-137.

So viele Analysen Max Weber zum Staat aber auch vorlegt, so wenig tut er dies mit Blick auf die Nation. Für Max Weber ist es selbstverständlich, daß Staaten Nationen haben und daß Nationen zu Staaten werden. Die Nation wird an den Staat gebunden – jede Nation hat ihren Staat, jeder Staat sucht sich zur Nation zu bilden. „Die Nation ist eine gefühlsmäßige Gemeinschaft, deren adäquater Ausdruck ein eigener Staat wäre, die also normalerweise die Tendenz hat, einen solchen aus sich hervorzutreiben.“⁴ So viel geht aus seinen Politischen Schriften hervor. Der Begriff der Nation steht in einem eigenartigen Ungleichgewicht zum Begriff des Staates. Der Staat erscheint in theoretisch übergewichtiger Form, während die Nation theoretisch schwach daherkommt. Perry Anderson beschrieb diesen Zusammenhang in einem Vergleich Webers mit dem Nationalismustheoretiker Ernest Gellner: „Whereas Weber was so bewitched by the spell of nationalism that he was never able to theorize it, Gellner has theorized nationalism without detecting the spell.“⁵ Dies erstaunt umso mehr, als Max Weber gleichzeitig, wie wir nicht erst seit seiner Freiburger Antrittsvorlesung wissen, ein scharfer Nationalist war, der eine liberale Form des Imperialismus vertrat. Der Staat ist bei Max Weber übertheoretisiert – die Nation dagegen untertheoretisiert. Woran liegt das? Wie erklärt sich das eigenartige Mißverhältnis zwischen der theoretischen Bearbeitung von Staat und Nation? Warum verwendet der Nationalist Max Weber so wenig Energie darauf, den Zentralbegriff seiner politischen Überzeugungen vor dem Ersten Weltkrieg analytisch sauber zu definieren?

Im folgenden soll dieser Frage zwei Schritten nachgegangen werden: Zuerst wird in groben Zügen entfaltet, was sich Max Weber unter Staat und Nation vorstellt. In einem zweiten Schritt sollen Ursachen für die theoretische Ungleichgewichtigkeit zwischen Staat und Nation angeführt werden. Die These der folgenden Ausführungen ist, daß sich in der theoretischen Ungleichgewichtigkeit zwischen Staat und Nation typisch liberale Ansichten der Reichsgründungszeit widerspiegeln. Der Riß zwischen Theorie und Praxis bei Weber kann auch auf eine Gleichzeitigkeit von Ungleichzeitigem zurückgeführt werden.

I. Begriffliche Zugänge zu Staat und Nation bei Weber

Die Rationalität der Wissenschaft schlägt sich in der überragenden Rolle des bürokratischen Anstaltsstaates in Webers Herrschaftssoziologie nieder: rationale Ordnung, rationale Herrschaft, Legitimität. Alle diese Begriffe kreisen um den Vernunftbegriff. Der Staat verkörpert für Max Weber eine legitime Ordnung der Herrschaft. Legitim wird die staatliche Ordnung in der Form des politischen Anstaltsbetriebs. Der

Staat als Anstalt bezeichnet einen Verband, dessen immer wieder neue herzustellende Ordnung durch einen Verwaltungstab garantiert und auf Dauer gestellt wird. Der Staat als Anstalt ist für Max Weber ein vereinbarter Verband, „dessen gesetzte Ordnungen innerhalb eines angebbaren Wirkungsbereiches jedem nach bestimmten Merkmalen angebbaren Handeln (relativ) erfolgreich oktroyiert werden kann. [...] 'Verein' und 'Anstalt' sind Verbände mit rational (planvoll) gesetzten Ordnungen. Oder richtiger: soweit ein Verband rationale gesetzte Ordnungen hat, soll er Verein oder Anstalt heißen. Eine 'Anstalt' nun ist vor allem der Staat nebst allen seinen heterokephalen Verbänden und – so weit ihre Ordnungen rational gesetzt sind – die Kirche. Die Ordnungen einer 'Anstalt' erheben den Anspruch zu gelten für jeden, auf den bestimmte Merkmale (Gebürtigkeit, Aufenthalt, Inanspruchnahme bestimmter Einrichtungen) zu treffen, einerlei ob der Betreffende persönlich – wie im Verein – beigetreten ist und vollends: ob er bei den Satzungen mitgewirkt hat. Sie sind also in ganz spezifischem Sinn oktroyierte Ordnungen. Die Anstalt kann insbesondere Gebietsverband sein.“⁶

Die Konsistenz der Rationalität des Anstaltsbetriebs garantiert die Dauer der staatlichen Ordnung. Die Chance, ein angebbares Handeln zu erzeugen, wird damit zu einer hinreichenden Wahrscheinlichkeit. Ordnung geht in Dauer über. Sie garantiert Erwartungssicherheit. Wie bei anderen Begriffen auch ist beim Staat für Max Weber die Handlungstheorie verständnisleitend: Die verschiedenen Ordnungen des sozialen Lebens geben jeweils Chancen an, mit bestimmten Handlungsfolgen rechnen zu können. Ihre logische Struktur entspricht dabei der Wenn/Dann-Struktur. Wenn ein Staat als Anstalt geordnet ist, dann lassen sich mit hinreichender Wahrscheinlichkeit die Folgen: Beschulung, Solidarität, Wehrpflicht, korrekte Steuerzahlung u.a.m. erwarten. Systemisch gehört der Staat in die politische Soziologie der Herrschaft, nicht der Macht. Herrschaft basiert auf der Legitimität politischer Ordnung, die die Zustimmung der Herrschaftsunterworfenen herstellt. Macht kann auch ohne die Legitimität der Ordnung auskommen und Handlungsfolgen durch Zwang herstellen.

Der moderne Anstaltsstaat ist eine rationale Ordnung. Dies heißt natürlich nicht, daß der Staat immer ein Anstaltsbetrieb war. Webers Verständnis des Staates fügt ihn in einen übergreifenden Prozeß der Rationalisierung ein. Dieser Prozeß kann in einer doppelten Weise gelesen werden. Zum einen kann man diesen Vorgang verstehen als die wechselseitige Verstärkung und Angleichung von Rationalität und Staatlichkeit zu einem Gehäuse, dem der Staatsbürger nicht mehr entinnen kann. Webers Rationalitätsverständnis neigt in seinen dunklen Momenten zu dieser Sichtweise. Zum anderen aber bietet die Rationalisierung einen Verständnisszugang zur enormen Leistungssteigerung des modernen Staates. Die Ausweitung staatlicher Aufgaben hin zum modernen

4 Weber 1912: 486.

5 Anderson 1992: 205.

6 Weber, WuG: 28.

Leistungsstaat wurde möglich im Rahmen rationaler Legitimität. Rationale Herrschaft im staatlichen Anstaltsbetrieb ermöglicht die konsentrierte Aufgabenausweitung, die Herrschaftssicherung, die normierende Durchdringung der eigenen Bevölkerung und die Ausweitung des Herrschaftsgebietes im Zeitalter des Imperialismus. Legitimität, Organisationen und Bürokratie sind für ihn die Stichworte, die dieses erklären helfen. Sie konzentrieren die Kräfte genauso wie das Gewaltmonopol an einer einzigen Stelle. Dies macht auch die wahrscheinlich bekannteste Definition des Staates bei Max Weber plausibel: das Monopol legitimer physischer Gewaltsamkeit. Das Monopol physischer Gewaltsamkeit enteignet nicht nur die anderen gesellschaftlichen Gewaltunternehmer und garantiert so die Geltung von Recht und die Verlässlichkeit der Rahmenbedingungen modernen Wirtschaftens. Es ermächtigt auch den Staat zum gezielten Einsatz seiner Kräfte. Das Ergebnis ist der historisch beispiellose Vorgang der modernen Leistungssteigerung des Staates.

Dies war mitnichten selbstverständlich. Obwohl der preußische Staat bereits früh die physische Gewaltsamkeit an seiner Spitze konzentrierte und Friedrich II die Souveränität als „rocher de bronze“ gegen seine adligen Standesgenossen begründete, deren Souveränität er wiederum ruinierte, bedeutete dies dennoch nicht den umfassenden staatlichen Gewalteinsatz im Alltag gegen nicht-staatliche Akteure. Die Entmächtigung des Adels ermächtigte zwar prinzipiell den Staat, aber im Alltag war davon einstweilen wenig zu spüren. David Blackbourn berichtet in seiner Studie über die Marienerscheinungen im saarländischen Dorf Marpingen von 1876, daß der preußische Staat dort wie überhaupt in allen seinen Provinzen bemerkenswert schwach vertreten war. Nur wenige Polizisten repräsentierten im Alltag jenes Gewaltmonopol, das theoretisch doch von einer Heerschar von Staatsrechtlern, Staatswissenschaftlern und Historikern abgesichert und bewacht wurde. Um der für Liberale unerhörten Begebenheit der Marienerscheinungen von 1876 Herr zu werden, beorderten die Behörden auswärtige Truppen in das Saarland. Mit einheimischen Kräften war Maria nicht Herr zu werden.⁷

Typisch für die Rationalisierung des Staates waren also nicht Polizei und Militär, sondern das Recht und das Gesetz. Die Rationalisierung des Staates geschah durch Recht.⁸ Hierin spiegelte sich die Ausweitung der Staatsaufgaben von der immer wieder zitierten Dampfkesselsicherheit bis zur Übereignung des bürgerlichen Rechts von den deutschen Einzelstaaten an das Reich. Die 1873 beschlossene, 1896 verabschiedete und 1900 in Kraft gesetzte Einheit des Privatrechts im Bürgerlichen Gesetzbuch war für die Liberalen „eins der mächtigsten Bindemittel für die Einigung der Nation“.⁹

Historisch war die Ausweitung der Staatstätigkeit ein Merkmal des Nationalstaates. In Nationalstaaten besaß der Staat einen anderen Resonanzraum und einen erweiterten und vertieften Zugriff auf die Ressourcen der Staatsbürgergesellschaft. Die Loyalität seiner Bürger trug die Leistungsexplosion des Staates. Der Staat zählte nunmehr nicht nur auf den äußeren, sondern auch auf den inneren Gehorsam seiner Staatsbürger. Die Staatstätigkeit wurde – idealiter – von der nationalen Identität getragen.

Verstreut und unsystematisch wendet sich Weber dem Begriff der Nation zu, ohne ihn je klar zu definieren. Die Nation ist für ihn einerseits – vor allem in seinen frühen Schriften, zumal in seiner Freiburger Antrittsvorlesung – in erster Linie die deutsche Nation, das Deutsche Reich. Von der Polenfrage an insistiert Weber von früh an darauf, daß die einst staatstragende Schicht des Adels und des Rittergutsbesitzes ihre Rolle verspielt habe oder ihr nicht mehr gerecht werde. Diese Rolle habe statt dessen das Bürgertum zu übernehmen.¹⁰

In seiner späteren verstehenden Soziologie dagegen geht er weitaus unpathetischer an den Nationsbegriff heran. Die Kühle seiner begrifflichen Annäherung wird vorbereitet in der Einleitung zu *Wirtschaft und Gesellschaft*. Nicht bestimmte empirische Eigenschaften, sondern allein der Glaube an die Gemeinsamkeit stellen für Max Weber die Nation her. Die Nation ist für Max Weber, wie M. Rainer Lepsius ausführte, eine „gedachte Ordnung“ und keine Seinsordnung.¹¹ Nicht was die Nation ist, sondern wie der Gemeinsamkeitsglaube zustande kommt, ist für Weber das intellektuelle Problem. In der Einleitung zu *Wirtschaft und Gesellschaft* betont Weber, daß die ‚Nation‘ keine verdinglichte Kollektivpersönlichkeit ist. Das Kollektiv Nation dürfe gerade nicht individualisiert werden. „Wenn sie von ‚Staat‘ oder von ‚Nation‘ oder von ‚Aktien-gesellschaft‘ oder von ‚Familie‘ oder von ‚Armee-korps‘ oder von ähnlichen ‚Gebilden‘ spricht, so meint sie [die Soziologie] damit vielmehr lediglich einen bestimmt gearteten Ablauf tatsächlichen, oder als möglich konstruierten sozialen Handelns Einzelner, schiebt also dem juristischen Begriff, den sie um seiner Präzision und Eingelebtheit willen verwendet, einen gänzlich anderen Sinn unter.“¹²

Die Ursachen für die geglaubte Gemeinsamkeit unter den Nationszugehörigen sind vielfältig. Weber diskutiert einen großen Teil des Kriterienkatalogs, der in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts in allen Definitionsversuchen der Nation abgehandelt wurde. In einer breit und in zahlreichen europäischen Ländern geführten Debatte hatten Sozialwissenschaftler, Juristen, Historiker und Statistiker sich bemüht, den politisch neu aufgetauchten Begriff ‚Nation‘ zu operationalisieren.¹³ Die am häufigsten disku-

7 Vgl. Blackbourn 1997.

8 Vgl. u.a. zum Problemkreis Rechtsvereinheitlichung und Nationsbildung: Stolleis 1992a: 15-41.

9 Zur Nationsbildung durch Recht vgl. Weichlein 2006: 33ff., 191-285.

10 Weber, Der Nationalstaat und die Volkswirtschaftspolitik, MWG IV/4-2, 543-574, bes. 572.

11 Vgl. Lepsius 1988: 232-246.

12 Weber, WuG: 9.

13 Vgl. Weichlein 1999: 71-90.

tierten Kriterien für die Nation waren die gemeinsame Abstammung und Rasse, die gemeinsame Sprache und Literatur, das gemeinsame Wohngebiet, die gemeinsame Religion, der gemeinsame Staat und die gemeinsame Kultur.¹⁴ Der bekannteste Versuch, den politisch-sozialen Grundbegriff der Nation zu objektivieren, stammte von Ernest Renan.¹⁵ Im Anschluß an die vorangegangene Debatte um den Begriff der Nation verwirft Weber wie Renan die Ansicht, ein einzelnes Kriterium sei ausschlaggebend für das Zustandekommen der Nation.¹⁶ Auch wenn Weber der ethnischen Abstammung, der Kultur und der Religion grundsätzlich eine Gemeinsamkeitsstiftende Wirkung zuspricht, so erkennt er in ihnen dennoch keine weiterreichende systematische Bedeutung. Auch hier entscheidet nicht die ethnische Gemeinschaft, sondern der ethnische Gemeinschaftsglaube. 1911 kritisiert er den ethnischen Abstammungsgedanken als „rein zoologischen Nationalismus“.¹⁷ In seinen Beiträgen auf dem zweiten deutschen Soziologentag in Berlin im Oktober 1912 wie auch in den etwas später geschriebenen Nationspassagen aus *Wirtschaft und Gesellschaft* sieht Weber keinerlei definitorischen Nutzen in Ethnie und Abstammung: „Der bei exakter Begriffsbildung sich verflüchtigende Begriff der ‚ethnischen Gemeinschaft‘ entspricht nun in dieser Hinsicht bis zu einem gewissen Grade einem der mit pathetischen Empfindungen am meisten beschwerten Begriffe: demjenigen der ‚Nation‘, sobald wir ihn soziologisch zu fassen versuchen.“¹⁸

Dies trifft auch auf die anderen Merkmale nationaler Selbstidentifikation zu. Als einzig tragfähiges Moment, das der soziologischen Analyse Stand hielt, blieb für ihn die Sphäre der Werte Solidarität und Macht übrig. „Nation“ ist ein Begriff, der, wenn überhaupt eindeutig, dann jedenfalls nicht nach empirischen gemeinsamen Qualitäten der ihr Zugerechneten definiert werden kann. Er besagt, im Sinne derer, die ihn jeweilig brauchen, zunächst unzweifelhaft: daß gewissen Menschengruppen ein spezifisches Solidaritätsempfinden anderen gegenüber *zuzumuten* sei, gehört also der Wertsphäre an.“¹⁹

Die Nation wird so nominalistisch verstanden: Sie ist ein Begriff, den seine Nutzer zu einem bestimmten Zweck gebrauchen. Sein Zweck liegt in der Produktion von Zwangssolidaritäten. Ohne daß der einzelne individuell zustimmen muß, wird ihm aufgrund seiner Zugehörigkeit zu einer nationalen Gemeinschaft eine Solidaritätsleistung in Form von Beschulung, Wehrpflicht und Steuerzahlung zugemutet. Die

Profiteure seiner Steuerzahlungen müssen nicht bekannt sein. Das Kosten-Nutzen Argument wird durch die Zumutung einer Zwangssolidarität ersetzt. Die Nation extrahiert damit Ressourcen aus den Nationszugehörigen, die sie auf andere Weise nicht erbringen würden.

Der Wertsphäre gehören auch die für die Nation charakteristischen Begriffe der politischen Macht und des Pathos an. Nationen sind Generatoren politischer Macht. Dieser bei Weber umständlich formulierte Gedanke affirmiert die Nation noch ungebrochen und unangekränkt von den Erfahrungen des Nationalismus im 20. Jahrhundert. Er enthält einen im Grunde einfachen Kern: Macht und Ehre, Pathos und Größe des Kollektivs stärken auch das Selbstwertgefühl der Angehörigen. Die emotionale Attraktivität von Pathos und Macht ist für Weber noch ungebrochen. Immaterielle Identitätsressourcen wie Ehre, Pathos und Macht begründen für ihn mehr als Sprache, Religion und Ethnie den nationalen Gemeinsamkeitsglauben mit erwartbaren Handlungsfolgen der Angehörigen. Pathos, Gewalt und Macht stehen im Zentrum der Weberschen Annahmen zum nationalen Gemeinsamkeitsglauben: „Immer wieder finden wir uns bei dem Begriff ‚Nation‘ auf die Beziehung zur politischen ‚Macht‘ hingewiesen, und offenbar ist also ‚national‘ – wenn überhaupt etwas Einheitliches – dann eine spezifische Art von Pathos, welches sich in einer durch Sprach-, Konfessions-, Sitten- oder Schicksalsgemeinschaft verbundenen Menschengruppe mit dem Gedanken einer ihr eigenen schon bestehenden oder von ihr ersehnten Machtgebildeorganisation verbindet, und zwar je mehr der Nachdruck auf ‚Macht‘ liegt, desto spezifischer.“²⁰

Das immaterielle Gut, der pathetische Stolz und Prestigegefühl steigern das Selbstwertgefühl und den Geltungsanspruch sowohl des Kollektivs als auch des Individuums. Der Zusammenhang von Ehre, Pathos, politischer Macht und Nation bei Max Weber wird in der neuesten Literatur unter dem Begriff des Erfolgs behandelt. Man könnte diesen Gedanken mit dem Münchener Theologen und Nationalismusforscher Friedrich Wilhelm Graf etwa so rekonstruieren: Während religiöse Ethiken sich nicht durch ihren Erfolg legitimieren, sind die Ethiken moderner Nationen und Nationalstaaten erfolgsbezogen. Nationen sind auf den Erfolg als zentralen Legitimationsmodus angewiesen. Zwar gehören auch Niederlagen in den Kanon nationaler Erinnerungen, was besonders Ernest Renan hervorgehoben hat. Doch kann sich die säkulare Wertidee Nation kein „dauerhaftes Versagen des von ihr verheißenen Glücks“ lange leisten. Dauerhafte Erfolglosigkeit beschädigt die Vorstellung nationaler Identität, ein Vorgang der vor allen für die Deutung nationaler Niederlagen wie 1871 für Frankreich und 1918 für Deutschland wichtig ist.²¹

14 Vgl. hierzu die Literaturüberblicke bei Fels 1927: 74-112; Gumplowicz 1879: 189-220; Ziegler 1931: 27-47.

15 Renan 1995: 7-39.

16 Vgl. Weber, Gemeinschaften, MWG I/22-1: 241f.

17 Vgl. Mommsen 1974: 70.

18 Weber, Gemeinschaften, MWG I/22-1: 185.

19 Weber, Gemeinschaften, MWG I/22-1: 241.

20 Weber, Gemeinschaften, MWG I/22-1: 190.

21 Langewiesche 2001: 11-29, 14; Graf 2000: 285-317; Stöber 1998.

Der Gleichklang von Nation und Staat bei Weber wird durch diese Begriffe gleichfalls unterstrichen. Denn Macht, Pathos und Ehre sind sowohl vom Staat als auch von der Nation aussagbar. Auf der staatlichen Seite entspricht ihnen die Leistungsexplosion der Staatsaufgaben und -leistungen im 19. Jahrhundert. Der bürokratische Anstaltsstaat des 18. Jahrhunderts wurde zum Militärstaat, zum Industriestaat, zum Sozialstaat, zum Staat der alltäglichen kommunalen Daseinsfürsorge. Ausdruck dieser dem Staaten zuwachsenden Aufgaben waren städtische Wasserwerke, die Fleischbeschau, die Abwasservorsorge und vieles andere mehr. Hygiene, Wohlfahrt und Bevölkerungswachstum steigerten die staatliche Macht und die kollektive Ehre. Diese Aufgabenexplosion galt den Zeitgenossen als Indiz einer Kultur des Fortschritts. Die von Weber für die Nation gewählten Begriffe sind einerseits realgeschichtlich staatliche Vorgänge, die in Institutionen nachgezeichnet werden können. Andererseits haben sie eine ideelle Seite, indem der Staat durch Ehre und Macht einen ideellen Mehrwert gewinnt. Für Thomas Mann bestand das Über-Ich der Deutschen in dem, was er „General Dr. von Staat“ nannte: „Als Knabe personifizierte ich mir den Staat gern in meiner Einbildung, stellte ihn mir als eine strenge, hölzerne Frackfigur mit schwarzem Vollbart vor, einen Stern auf der Brust und ausgestattet mit einem militärisch-akademischen Titelgemisch, das seine Macht und Regelmäßigkeit auszudrücken geeignet war: als General Dr. von Staat.“²²

Indem Weber die Nation als den höchsten politischen Wert für die Beschäftigung mit dem Staat faßt und sie in den Wertebegriffen Ehre und Macht definiert, zeichnet er mit den Mitteln der verstehenden Soziologie eine soziale Tatsache seiner Zeitgenossen nach, versucht sie aber nicht normativ zu überhöhen.²³ Webers Zugriff auf Staat und Nation ist die verstehende Soziologie, nicht eine normative politische Theorie. Die Nation als einen Wert zu definieren, ist für Max Weber der Ausweg aus der Unmöglichkeit, die Nation wissenschaftlich zu definieren.²⁴ Die Nation bleibt dem Staat zugeordnet. Wie die Politik, so liegt auch die Nation für Weber verstaatlicht vor. Dieser Zusammenhang änderte sich nachhaltig erst 1933 mit dem Machtantritt Hitlers. In seinen politischen Reden nach dem 30. Januar 1933 verwendet Hitler den religiös gesteigerten Topos der „Größe und der Ehre und der Kraft und der Herrlichkeit und der Gerechtigkeit Amen (sic!)“, sagt ihn jedoch nicht vom Staat oder der Nation, sondern vom „neuen deutschen Reich“ aus.²⁵

Weber arbeitet zwar klar den Gefühlsaspekt und die immateriellen Ressourcen der Nation heraus, seine Theorie der Nation bleibt jedoch anders als diejenige des Staates fundamental unabgeschlossen. Zentrale Aspekte der Nation wie die systematische

Verbindung von Nation und Nationalstaat werden von ihm nicht behandelt. Er läßt ebenso jede systematische Betrachtung des Verhältnisses der verschiedenen Typen von Nationen vermissen. Für die Ungleichgewichtigkeit der theoretischen Durchdringung von Staat und Nation spricht vor allem, daß Weber noch nicht einmal im Ansatz den Begriff des Nationalstaates bestimmt, genauso wenig wie seine integrativen und modernisierenden Leistungen.²⁶

II. Die Ursachen für das Ungleichgewicht zwischen Staat und Nation

Woher rührte das theoretische wie das sachliche Ungleichgewicht zwischen Staat und Nation? Die Antwort auf diese Frage hat es mit zwei Ungleichgewichten zu tun: demjenigen zwischen den theoretischen Bearbeitungen von Staat und Nation und demjenigen zwischen soziologischer Theorie und politischer Praxis. Die Ursachen für die erste Schieflage können in der zweiten gefunden werden, so daß Webers nationalpolitische Einstellungen seine theoretische Privilegierung des Staates erklären. Beim deutschen Nationalstaat ließ er alle definitorische Vorsicht des verstehenden Soziologen vermissen. Hier suchte er nicht nach den Formen des Gemeinsamkeitsglaubens, sondern nach den Schuldigen dafür, daß die innere Nationsbildung aus seiner Sicht so gründlich schief gegangen war. Max Weber teilte mit anderen Linksliberalen des Kaiserreiches die Ansicht, daß die Bismarckjahre ein Desaster für die deutsche Nationsbildung gewesen waren, so wie sie sich Liberale vorgestellt hatten. Weber kritisierte seit seiner Freiburger Antrittsvorlesung die Politik des ersten Reichskanzlers scharf. Er hatte für Weber darin versagt, einen starken deutschen Nationalstaat zu bilden. Die Bismarckjahre waren aus dieser Sicht verlorene Jahre. Mit Blick auf Bismarck meinte Weber in seiner Freiburger Antrittsvorlesung: „Denn dieses Lebenswerk hätte doch nicht nur zur äußeren, sondern auch zur inneren Einigung der Nation führen sollen, und jeder von uns weiß: das ist nicht erreicht. Es konnte mit seinen Mitteln nicht erreicht werden.“²⁷

Dies machte Max Weber nicht zu einem vorsichtigeren, sondern eher zu einem schärferen Nationalisten. Eine Antwort auf die aus seiner Sicht verfehlte Form der Nationsbildung bis 1890 stellte der liberale Imperialismus dar, den Weber verfocht. Berühmt ist sein Plädoyer für eine deutsche Weltmachtpolitik: „Wir müssen begreifen, daß die Einigung Deutschlands ein Jugendstreich war, den die Nation auf ihre alten Tage beging und seiner Kostspieligkeit halber besser unterlassen hätte, wenn sie der Abschluß und nicht der Ausgangspunkt einer deutschen Weltmachtpolitik sein sollte.“²⁸

22 Mann 1918: 239.

23 Weber, Die wirtschaftlichen Unternehmungen der Gemeinden, MWG I/8, 360–61, 363–66.

24 So Anter 1995: 124–137.

25 Damit variiert Hitler 1 Chronik 29,11. Vgl. Winkler 2000: 8; Domarus, Bd. 1,1: 203–208, 208.

26 Vgl. Ay 2003: 92.

27 Weber, Gesammelte Politische Schriften, 20.

28 Weber, Der Nationalstaat und die Volkswirtschaftspolitik, MWG I/4-2: 571.

Aber auch in der Polenpolitik drang Max Weber auf einen entschieden nationalen Standpunkt. In jedem dieser Fälle sah Max Weber den entscheidenden Akteur im Staat. Der Staat hatte unter der Leitung des Reichskanzlers Otto von Bismarck versagt, nun aber hatte er entsprechend zu handeln und diese Fehlentwicklungen nachholend zu korrigieren. Staatliche Akteure sollten die Nationsbildung vorantreiben. Seine politischen Einstellungen konzentrierten sich auf den Staat, den er dann auch theoretisch privilegierte.

Damit engstens verbunden war seine bürgertumspolitische These der Nationsbildung. Das nationale Grundübel der Bismarckzeit erblickte Weber im Adel und im Rittergutsbesitz, der politisch überrepräsentiert war. Der Nationalstaat war in die falschen Hände geraten. Weber rief das deutsche Bürgertum auf, die Positionen an der Spitze von Politik und Gesellschaft vom ostelbischen Adel zu übernehmen. Zu staatspolitischer Verantwortung ermächtigt sollte das Bürgertum die deutsche Nation formen und seine Machtinteressen im Kollektiv genauso offensiv vertreten, wie es sie individuell vertrat.

Wo Weber in seinen wissenschaftlichen Arbeiten nur spärliche Auskunft gibt und definitorisch geradezu antiessentialistisch ist, ist er in seinen politischen Wortmeldungen umso deutlicher. Die Nation verstand Weber in der Tendenz ganz so, wie es die Liberalen in der Reichsgründungszeit getan hatten. Das Bürgertum und nicht der Adel, der für die alten vornationalen Mächte stand, sollte die Nation tragen. Weber grenzte sich damit einerseits vom adligen Hochkonservatismus, andererseits aber auch vom Sozialismus der Arbeiter ab. Sein Nationalstaat war zwar liberal, aber nicht demokratisch – ganz so wie Webers Universitätsmilieu.

Das zeigte sich besonders im Zusammenhang von Privatbesitz, Privatinitiative und Nation. Weber hielt an diesem für die liberale Generation von 1867 und 1871 zentralen Zusammenhang fest. Der Nationalstaat sollte die Privatinitiative nicht ablösen, sondern gerade stärken. Volkswirtschaft und Privatwirtschaft waren für ihn nicht Gegensätze, sondern sie bedingten einander. Der Staat stand dem Privaten nicht gegenüber, sondern war vielmehr sein Partner, eine Position, die Johannes Miquel, Eduard Lasker und Ludwig Bambergier immer wieder betonten.

1909 behandelte der Verein für Sozialpolitik die Frage der kommunalen Wirtschaftsbetriebe. Weber warf dabei Adolf Wagner und anderen älteren Mitgliedern des Vereins vor, zu sehr auf die Bürokratie zu setzen. Er hielt am Vorrang der Privatunternehmungen in den Kommunen genauso fest. 1909 verteidigte er die Privatwirtschaft in den Kommunen bezeichnenderweise mit dem nationalen Argument: Für ihn und seine Gesinnungsgenossen stellte die Nation den „höchsten Wert“ dar.²⁹ Auf einer anderen

29 Weber, Die wirtschaftlichen Unternehmungen der Gemeinden, MWG 1/8, 360-1, 363-6; zur liberalen Verteidigung des Privatbesitzes bei Eisenbahnen vgl. Weichlein 2006: 48-67.

Ebene hielt Weber dagegen strikt am Staatsbesitz fest: Was für die kommunalen Betriebe gelten sollte, traf aus Webers Sicht nicht für Post und Eisenbahn zu. In seinen Ausführungen in *Wirtschaft und Gesellschaft* verteidigte er in Übereinstimmung mit seiner Herrschaftssoziologie des Staates den Staatsbesitz der Post und der Bahnen: „Der moderne Staat des Okzidents kann so, wie es tatsächlich geschieht, nur verwaltet werden, weil er Beherrscher des Telegraphennetzes ist und Post und Eisenbahnen ihm zur Verfügung stehen.“³⁰

Zu den beiden genannten Unterschieden trat daher ein dritter hinzu. Während Weber politisch die Mitarbeit der Bürger am Staat forderte, konnte seine theoretische Fassung des Staates gerade nicht als Ermutigung hierzu oder gar als bürgerliche Ermächtigungsformel, sondern vielmehr nur als staatliche Entmächtigungsformel gelesen werden. Der Staat sammelte die Gewaltsamkeit innerhalb der Gesellschaft ein und verkörperte die einzige Form legitimer Gewaltsamkeit. Die Entmächtigung des Privatmanns wurde politisch durch den modernen Anstaltsstaat und sein bürokratisches Handeln fortgesetzt und im „eisernen Käfig“ auf die Spitze getrieben. Damit waren die politischen Überzeugungen der Liberalen in der Reichsgründungszeit schwerlich zur Deckung zu bringen. Sie waren ganz andere gewesen. Webers Nationalismus stand in der Tradition des in seiner Zeit bereits in die Minderheit geratenen Liberalismus der „liberalen Ära“.

Der Widerspruch zwischen der Übertheoretisierung des Staates und der dahinter zurückbleibenden Klärung der Nation bei Weber kann als Folge eines politisch-historischen Risses in seinem Denken gelesen werden. Weber stand im Bann des liberalen Souveränitätsdenkens seiner Zeit, wie es zumal von Georg Jellinek verkörpert wurde. Dessen bekannte Definition des Staates verband Staatsgebiet, Staatsvolk und Staatsgewalt miteinander. Nur dem Staat stand es zu, Recht zu setzen. Nur er konnte einseitig allgemeinverbindliche Normen setzen. Darin lag seine Souveränität beschlossen.³¹ Manche Autoren sahen in der Souveränität die „Seele“ der deutschen Staatslehre.³² Souveränität und Macht aber wurden vom Staat ausgesagt, weniger von der Nation. Weber steht dem nationaldemokratischen Gedanken der demokratischen Volkssouveränität und dem Vordringen der Arbeiterschaft in Antichambres der Macht äußerst skeptisch gegenüber.

Die von Weber politisch gewollte Ermächtigung des Bürgertums kam aus einer anderen Tradition. Sie ging nicht zuletzt auf seine familiäre Herkunft aus dem Milieu der Reichsgründungsliberalen zurück. Sein Onkel, der Historiker Hermann Baumgarten, war ein führender Liberaler jener Zeit gewesen, und sein Vater saß zeitweise im

30 Weber, Herrschaft, MWG I/22-4: 184f.

31 Zu Georg Jellinek vgl. Stolleis 1992: 450-455.

32 Bärsch 1990: 425f.

Reichstag. Diese Generation verband das nationale Bekenntnis mit demjenigen zum Privatbesitz. Der Staat als im alltäglichen Leben omnipräsenter Akteur war damit schwerlich zu verbinden. In Bismarcks Plan für eine Verstaatlichung der Eisenbahnen etwa sah der Breslauer Handelskammervertreter Wolfgang Eras „einen ausgesprochen sozialistischen Zug in dem Gottvertrauen, welches dabei auf die Staatsweisheit und Staatsomnipotenz gesetzt wird“.³³ Auf die Kommunalpolitik setzten Liberale ihre große Hoffnung. Hier und nur hier sollte der freie Bürgersinn wachsen, der sich gegen die Staatsomnipotenz zur Wehr zu setzen in der Lage war.³⁴

In seinen theoretischen Schriften partizipierte Weber theoretisch am Reflexionsniveau seiner Zeit. Die Analysen des Staates überblendeten die Nation. Die Verstaatlichung der Politik setzte sich in der Verstaatlichung der Nation und der Souveränität fort. Der soziologische Nominalismus trat vor allem bei der Analyse der Nation hervor. Sein wissenschaftliches Verständnis der Nation war strikt formal und anti-instrumentalistisch. Zumal in seinen Aussagen zur Nation wehrte er sich dagegen, die Nation zu verdinglichen. Die Weigerung, den Staat und die Nation inhaltlich zu definieren, folgt formal aus den Grundsätzen seiner verstehenden Soziologie. Politisch verfolgte er jedoch gerade keine formalisierende Strategie, sondern wollte das Bürgertum ermächtigen zu vermehrter Verantwortung. Weber hielt an Überzeugungen fest, die um 1900 bereits lange in die Minderheit geraten waren.

33 Eras 1876: 355.

34 Vgl. Weichlein 2006: 310.

Literatur

- Anderson, Perry, 1992: *Zone of Engagement*, London.
- Anter, Andreas, 1995: *Max Webers Theorie des modernen Staates. Herkunft, Struktur und Bedeutung*, Berlin.
- Ay, Karl-Ludwig, 2003: *Max Webers Nationenbegriff*, in: *Zeitperspektiven: Studien zu Kultur und Gesellschaft. Beiträge aus der Geschichte, Soziologie, Philosophie und Literaturwissenschaft*, hg. v. Uta Gerhardt, Wiesbaden, S. 80-103.
- Bärsch, Claus-Ekkehard, 1990: *Die Rechtspersönlichkeit des Staates in der deutschen Staatslehre des 19. und des beginnenden 20. Jahrhunderts*, in: Gerhard Göhler u.a. (Hg.), *Die Rationalität politischer Institutionen. Interdisziplinäre Perspektiven*, Baden-Baden, S. 423-442.
- Blackbourn, David, 1997: *Wenn ihr sie wieder seht, fragt wer sie sei. Aufstieg und Niedergang des deutschen Lourdes*. Übers. Holger Fliessbach, Reinbek bei Hamburg.
- Breuer, Stefan, 1991: *Max Webers Herrschaftssoziologie*, Frankfurt/M.
- Domarus, Max, 1965: *Hitler. Reden und Proklamationen 1932-1945*, 4 Bde., 2. Aufl. München.
- Eras, Wolfgang, 1876: *Herkunft und bisherige Entwicklung der Reichseisenbahnidee*, in: *Die Gegenwart* 9, S. 353-355.
- Fels, Josef, 1927: *Begriff und Wesen der Nation. Eine soziologische Untersuchung und Kritik*, Münster.
- Graf, Friedrich Wilhelm, 2000: *Die Nation – von Gott „erfunden“? Kritische Randnotizen zum Theologiebedarf der historischen Nationalismusforschung*, in: Gerd Krumeich/Hartmut Lehmann (Hg.), *„Gott mit uns“. Nation, Religion und Gewalt im 19. und frühen 20. Jahrhundert*, Göttingen, S. 285-317.
- Gumplowicz, Ludwig, 1879: *Das Recht der Nationalitäten und Sprachen in Österreich-Ungarn*, Innsbruck.
- Langewiesche, Dieter, 2001: *Nation und Religion – zur Einführung*, in: ders./Heinz-Gerhard Haupt (Hg.), *Nation und Religion in der deutschen Geschichte*, Frankfurt/M., S. 11-29.
- Lepsius, M. Rainer, 1988: *Nation und Nationalismus in Deutschland*, in: ders., *Interessen, Ideen und Institutionen*, Opladen, S. 232-246.
- Mann, Thomas, 1918: *Betrachtungen eines Unpolitischen*. Mit einem Vorwort v. Hanno Helbling, Frankfurt/M. 1988.
- Mommsen, Wolfgang J., 1974: *Max Weber und die deutsche Politik 1890-1920*, Tübingen.
- Poggi, Gianfranco, 1978: *The Development of the Modern State. A Sociological Introduction*, Stanford.
- Renan, Ernest, 1995: *Was ist eine Nation? (1882) und andere politische Schriften*. Mit

- einem einl. Essay von Walter Euchner und einem Nachwort von Silvio Lanaro, Wien.
- Schmitt*, Carl, 1991: Der Begriff des Politischen. Text von 1932 mit einem Vorwort und drei Corollarien, Berlin.
- Stöber*, Rudolf, 1998: Die erfolgverführte Nation. Deutschlands öffentliche Stimmungen 1866 bis 1945, Stuttgart.
- Stolleis*, Michael, 1992a: "Innere Reichsgründung" durch Rechtsvereinheitlichung 1866-1880, in: Christian Starck (Hg.), Rechtsvereinheitlichung durch Gesetze. Bedingungen, Ziele, Methoden, Göttingen, S. 15-41.
- Stolleis*, Michael, 1992b: Geschichte des öffentlichen Rechts in Deutschland, Bd. 2: Staatsrechtslehre und Verwaltungswissenschaft 1800-1914, München.
- Weber*, Max, 1912: Diskussionsrede zum Vortrag von P. Barth 'Die Nationalität in ihrer soziologischen Bedeutung' auf dem zweiten Deutschen Soziologentag in Berlin 1912, in: ders., Gesammelte Aufsätze zur Soziologie und Sozialpolitik, 2. Aufl. Tübingen 1988, S. 484-486.
- Weber*, Max, 1972: Wirtschaft und Gesellschaft. Grundriß der verstehenden Soziologie, hg. v. Johannes Winckelmann, 5. Aufl. Tübingen.
- Weber*, Max, 1988: Gesammelte Politische Schriften, hg. v. Johannes Winckelmann, 5. Aufl. Tübingen.
- Weber*, Max, 1993: Landarbeiterfrage, Nationalstaat und Volkswirtschaftspolitik. Schriften und Reden 1892-1899, hg. v. Wolfgang J. Mommsen, MWG I/4-2, Tübingen.
- Weber*, Max, 1998: Wirtschaft, Staat und Sozialpolitik. Schriften und Reden 1900-1912, hg. v. Horst Baier, MWG I/8, Tübingen.
- Weber*, Max, 2001: Wirtschaft und Gesellschaft. Die Wirtschaft und die gesellschaftlichen Ordnungen und Mächte, Nachlaß Teilbd. 1, Gemeinschaften, hg. v. Wolfgang J. Mommsen in Zusammenarbeit mit Michael Meyer, MWG I/22-1, Tübingen.
- Weber*, Max, 2005: Wirtschaft und Gesellschaft. Die Wirtschaft und die gesellschaftlichen Ordnungen und Mächte, Nachlaß Teilbd. 4, Herrschaft, hg. v. Edith Hanke, MWG I/22-4, Tübingen.
- Weichlein*, Siegfried, 2006: Nation und Region. Integrationsprozesse im Bismarckreich, Düsseldorf.
- Weichlein*, Siegfried, 1999: „Qu'est-ce qu'une Nation?“ Stationen der deutschen statistischen Debatte um Nation und Nationalität in der Reichsgründungszeit, in: Wolther von Kieseritzky/Klaus-Peter Sick (Hg.), Demokratie in Deutschland. Chancen und Gefährdungen im 19. und 20. Jahrhundert. Historische Essays, München, S. 71-90.
- Winkler*, Heinrich A., 2000: Der lange Weg nach Westen. Bd. 2: Deutsche Geschichte vom Dritten Reich bis zur Wiedervereinigung, München.

Ziegler, Heinz O., 1931: Die moderne Nation. Ein Beitrag zur politischen Soziologie, Tübingen.